

"Es geht um Identitätsentwicklung"

Gegen die Schließung des Wohnheims in für körperbehinderte Kinder, Jugendliche und junge Menschen in Birkenwerder spricht Gewichtiges, findet Susanne Tönnissen-Kaminsky, Elternvertreterin an der Regine-Hildebrandt-Schule. Redakteurin Anja Hamm sprach mit ihr.

Mit welchen Gefühlen haben Sie die Diskussionen in den Ausschüssen um die geplante Schließung verfolgt?

Ich finde, dass der Begriff Inklusion etwas instrumentalisiert wird, als wäre die Gesellschaft und die schulische Seite schon weiter als sie wirklich ist. Es wird damit argumentiert, dass Barrierefreiheit schon gleichbedeutend wäre mit inklusiver Beschulung und das ist in dem Fall, in dem es um Schwerstbehinderte geht, nicht ausreichend. Zweitens tritt im jugendlichen Alter die Wohnortnähe tatsächlich etwas in den Hintergrund, wenn es um die Identitätsentwicklung und Selbstständigkeit geht. Jugendlichen mit Körperbehinderung ist es beispielsweise nicht einfach so möglich, eine Ausbildung zu machen, die im handwerklichen Bereich liegt, so dass die Möglichkeit, das Abitur abzulegen und zu studieren, von größerer Bedeutung sein kann, wenn die Voraussetzungen gegeben sind.

Sie unterrichten selbst an einer sonderpädagogischen Schule.

Ich bin Lehrerin für kaufmännische Berufe an der Annedore-Leber-Oberschule, einer Berufsschule mit sonderpädagogischer Aufgabe in Berlin. Bei unserem dualen Partner, dem ALBBW, gibt es eine Internatsunterbringung auf dem gleichen Gelände. Sich unter Gleichbetroffenen auszutauschen und gelungene Lebensentwürfe zu sehen, ist für die Jugendlichen ganz wichtig, um ihre Möglichkeiten und Begrenzungen aufgrund ihrer Behinderung zu einem realistischen Selbstbild werden zu lassen. Und natürlich bestehen auch ein Wahlrecht und Chancengleichheit für Jugendliche, die sagen: Wir probieren es an einer Regelschule mit Integration. Gleichzeitig haben wir Rückkehrer aus dieser Regelbeschulung, denn auf die Bedürfnisse der Jugendlichen wird dort zum Teil nicht angemessen eingegangen.

Die Schulleiterin der Regine-Hildebrandt-Schule, Kathrin Voigt, hat davon gesprochen, dass es bereits Ablehnungen von Schülern gab.

In den Förderausschüssen, in denen Eltern, Lehrer, Sonderpädagogen und Kreisvertreter sitzen, sind schon im Vorfeld Ablehnungen erfolgt - nicht direkt, aber die Formulierungen fordern Eltern implizit dazu auf, Klage zu erheben. Manche haben damit Erfolg. Tatsächlich ist die Bewohnerzahl rückläufig, der Versuch der Integration an Regelschulen ist zunehmend erfolgsversprechender geworden. Aber es wird immer auch Jugendliche geben, die an diesen Orten noch nicht richtig aufgehoben sind. Im Jahr 2011/2012 hat die Schule den Jakob-Muth-Preis für inklusive Schulen der Bertelsmann-Stiftung gewonnen. Es wird also in der Öffentlichkeit wahrgenommen, dass die Bedürfnisse von Behinderten hier stärker berücksichtigt werden.

Der Landrat hat das Wohnheim im Kreisausschuss ein "Sinnbild für Segregation" genannt. Ist das eine Beleidigung?

Ja, ich finde, das ist eine Beleidigung für einen Preisträger als inklusive Schule und widerspricht meinen Erfahrungen des Miteinanders in dieser Schule. Das Ziel könnte meiner Meinung nach eine Teiloffenhaltung des Wohnheims oder die Öffnung für junge Erwachsene mit Körperbehinderungen, wie es im Namen ausgewiesen ist, sein. Ein junger Erwachsener wohnt schon jetzt dort, mit Ausnahmeregelung zwar, aber es wird praktiziert. Der junge Mann kann auf diese Weise sein Studium ermöglichen. Wenn es um Kostendeckung geht - und für jeden Platz sind Kostenträger da - , fragt man sich, wieso der Kreis nicht an einer höheren Auslastung interessiert ist? Gleichzeitig lehnt er Anfragen ab, das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Sie sehen in der Zusammenarbeit vielmehr ein Modell für schon gelebte Inklusion. Könnte das der Kreis nicht als Vorzug begreifen?

Ja, die Schule wurde von einem Bundesverdienstkreuzträger geleitet, sie ist Jakob-Muth-Preisträger und erhielt eine Erwähnung als Best-Practice-Beispiel durch den Bundesbehindertenbeauftragten. Das ist doch alles wirklich sehr lobenswert.

Sie haben auch dem Landrat widersprochen, dass eine Teilnutzung des Wohnheims nicht möglich sei. Können Sie sich erklären, woher diese andere Einschätzung kommt?

Es gibt auf jeder Etage ein Erzieherzimmer, sanitäre Einrichtungen und eine Küche, so dass ich die Argumentation nicht nachvollziehen kann. Aus kaufmännischer Sicht kann man natürlich sagen: Ein Gebäude, das ganz leer steht, ist einfacher zu vermieten. Das könnte ein Aspekt sein. Wenn man Inklusion ernst nimmt, könnte man auch eine Etage als Wohnheim nutzen und die anderen an eine Einrichtung geben, die auch dem Inklusionsgedanken offen gegenüber steht. Inklusion heißt Heterogenität und individuelle Bedürfnisse zu berücksichtigen. Wenn es Schüler sind, die ein hohes Maß an Unterstützung brauchen, dann ist solch eine Lösung, wo Schule und Heim so nah beieinander liegen und ein intensiver Austausch besteht, das A und O, um zum Gelingen beizutragen.

Sie argumentieren damit, dass in der Sekundarstufe II die Inklusion erst 2027 losgeht.

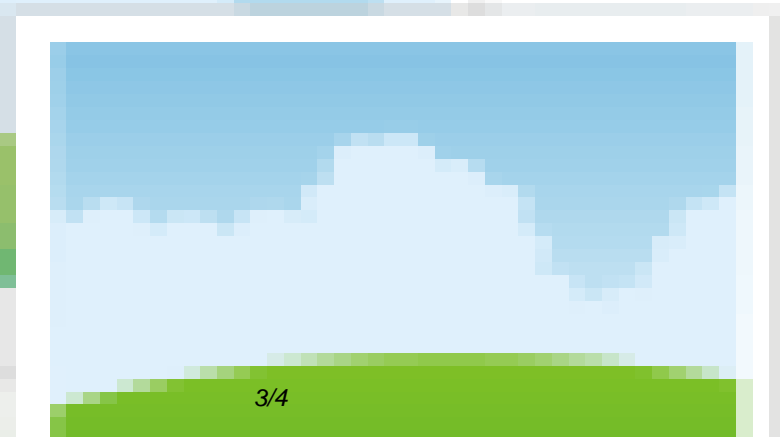
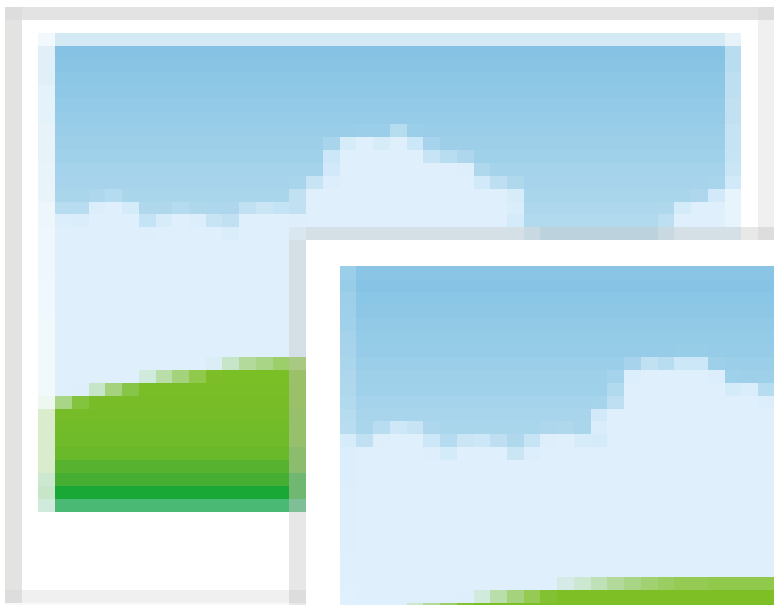
Nein, nicht losgeht, sondern dass dann hoffentlich die Voraussetzungen wie Personal, Schulkonzept, Teilungs- und Rückzugsräume geschaffen sind, und zwar in der Fläche und verbindlich. Aber das soll erst sukzessive alles aufgebaut werden.

Es werden also noch keine optimalen Bedingungen bestehen, wenn das Heim 2016 schließt?

Nein, auf keinen Fall. Das ist wirklich differenziert zu sehen. Inklusion bedeutet nicht, dass man sicher sein kann, dass - ich würde die Schule als Kompetenzzentrum bezeichnen - solche Zentren für Körper- und Sinnesbehinderte schon bestehen. Die Inklusion von Schülern mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotional-soziale Entwicklung und Sprache soll dann im Grundschulbereich beginnen, aber was mit den anderen Behinderten sein wird, ist definitiv weder zufriedenstellend in der Planung, noch in der Umsetzung. Es gibt Schüler, die leben im direkten Einzugsbereich der Mühlenbecker Gesamtschule, an der auch Sonderpädagogen arbeiten. Die Schüler geben als Wunsch aber die Hildebrandt-Schule an und nehmen längere Fahrtzeiten in Kauf. Wenn eine Quote von 40 körperbehinderten Jugendlichen diese Schule anwählt, zeigt das, dass Eltern nach den Bedürfnissen ihrer Kinder und der optimalen Förderung schauen, und dann eben diese Schule wählen.

Was haben Eltern und Schüler für ihren Protest bereits auf die Beine gestellt?

Die Schülerversammlung hat Unterschriftenlisten ausgelegt, Jens Kopprasch, Vorsitzender des Kreisschulbeirats und Elternvertreter, hat eine OpenPetition im Internet gestartet. Die Schülerschaft sieht der Entscheidung des Kreises das Zeichen, dass das Zusammenleben, wie sie es praktiziert, nicht gegeben ist. Wer Förderbedarf hat, darf kommen, wer schwerstbehindert ist, hat dann hier doch keinen Platz nicht. Unsere eigenen Kinder fragten: Die Schwächsten? Ja, muss ich dann sagen, die Schwächsten. Das sind natürlich wenige, aber die Entscheidung zeigt, wie Teile der Gesellschaft ticken.



Protestaktion: Schüler der Regine-Hildebrandt-Gesamtschule sammelten beim Weihnachtsbasar am Freitag Unterschriften für die Offenhaltung des Wohnheims. Auch Raphaela Dowe aus Rostock ist auf den Heimplatz angewiesen, sie macht hier Abitur. (Foto: Jürgen Liebezeit)

Veröffentlicht am:

13:53:00 03.12.2013 von CMS System Benutzer

 [Drucken](#)

 [PDF](#)

 [Weiterempfehlen](#)

 [RSS Abonnieren](#)